

Wagnispreis:
Unterjährig 1.800 Mk., monatlich 150 Mk.
Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll u. Fein' erscheint wochentlich einmal. Sonntags stumm.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Normalspalte kostet 2.- Mk.
'Kleines Anzeigen', das ist gedruckt über 10 Spalten...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Morosplan, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 10. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Morosplan, Nr. 11733-34.

Wilson und der Völkerbund.

Washington, 9. März. (Köln.) Wilson schloß sein Schreiben an Senator Hitchcock mit der Bemerkung, die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten als Nation sei jetzt riesengroß, und wenn er Gelegenheit hätte, würde er alle, die es angehe, bitten, die Frage des Beitritts zum Völkerbund mehr denn dem Gesichtspunkt zu erwidern, daß es möglich sei, die Angelegenheit für die Menschheit zu Ende zu führen, als vom Gesichtspunkt eigener nationaler Interessen.

Das Wirtschaftsmanifest.

Amsterdam, 10. März. 'Telegraaf' meldet aus London, daß das Wirtschaftsmanifest den im Friedensvertrag festgesetzten Zeitraum von vier Monaten, während dessen Deutschland Vorschläge bezüglich der Entschädigung zu machen kann, im Hinblick auf die außerordentlichen Verhältnisse verlängert hat.

Massenwerbung für die Fremdenlegion.

Paris, 9. März. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Die Anwerbungen deutscher junger Leute zur französischen Fremdenlegion, die schon seit Monaten dauern, haben einen solchen Umfang erreicht, daß man täglich Truppen von 20, 30 und mehr Personen sieht, die geschlossen dem Sammellager zugeführt werden.

Handel mit Sowjetrußland.

Kopenhagen, 10. März. (Köln. Sig.) Ueber die Lage Rußlands laßt der Vertreter der 'Konsultanten Zeitung' Gelegenheit, mit einer politischen Persönlichkeit zu sprechen, die soeben Sowjetrußland, Sibirien und die Staaten am Schwarzen Meere bereist hat. Der Betreffende ist über die Wiederaufnahme des Handels sehr optimistisch. Seiner Ansicht nach befinden sich zahlreiche Mittel- und Westeuropäer notwendig die Rohstoffe greifbar auf dem Lande, wo die Landwirte hunderttausende ungeheure Mengen vergraben haben, die sie gern mit den außerordentlich entbehrten ausländischen Waren als Entgelt eintauschen würden. Der schwierigste Punkt sei die Transportfrage, jedoch habe man sie schon einmal bei ähnlichen und damals überwundenen Schwierigkeiten gelöst, als es galt, die russische Front mit Truppen, Verpflegung und Munition zu versorgen. Der Schwabemann warnte davor, sich deutschseits von der Sowjetregierung zu sehr auszuweisen zu lassen, da zwar der deutsche Markt sicherlich bei jeder Gelegenheit gern als Druckmittel in den Verhandlungen ausgespielt würde und deshalb heute schon, wie er erst in Moskau erfahren habe, durch den offi-

ziellen Vertreter in Berlin weitgehende Versprechungen gemacht worden, tatsächlich aber die Sowjetregierung lieber der Extente liefere, bei der man noch ihrer Ansicht mit schnellerer Ausführung von Aufträgen und größerer wirtschaftlicher Sicherheit rechnen könne.

Kadel über Deutschland.

Kopenhagen, 10. März. Kadel schreibt in der 'Svechtis': Die Frage der russisch-polnischen Beziehungen wird in unserer Presse als ein weiterer Versuch der offiziellen Mächte aufgefaßt, gegen Sowjetrußland, da Kollaborat, Judenitich und Dentin verstanden hat, noch einmal die letzten Resten der Weissen Erde mobil zu machen. Die polnisch-russische Frage ist bei der augenblicklichen internationalen Lage von grundlegender Bedeutung. Der Versailler Frieden hat Deutschland in eine so schwierige wirtschaftliche Lage gebracht, daß diese allein Deutschland zwingen wird, seine Fesseln abzuwerfen. Die französische Regierungspolitik befürchtet daher auch nicht ohne Grund, daß Deutschland den Versailler Frieden nicht respektieren wird. In Deutschland wird die Revolution siegen. Alsdann werden sich die deutschen Arbeiter mit Sowjetrußland verbinden, und dieser mächtige Bund wird die Versailler Fesseln zerreißen. Sollte aber in Deutschland der Kapitalismus endgültig die Oberhand gewinnen, so wird gerade die Partei Ludendorffs mit allen Kräften darauf hinarbeiten, das Nachwort von Versailles zu liquidieren. Die Franzosen würden ein Bündnis Rußlands mit Ludendorff, daher streben die französischen Imperialisten nach dem, aus Polen eine Säule zu machen, die den Versailler Vertrag stützen soll. Seit dem Augenblick der Wiederaufrichtung eines unabhängigen Polens arbeiten die Franzosen auf eine Stärkung der polnischen Armee hin, die Deutschland von militärischen Aktionen im Westen abhalten soll. Darum suchen die Franzosen einen polnisch-russischen Friedensschluß zu hinterziehen, da dieser Frieden zur Auflösung der polnischen Armee führen würde. Hierdurch wäre aber die polnische Gegenrevolution in dem Maße geschwächt, daß sie nicht mehr in der Lage wäre, die Rolle des Hundes zu spielen, der den Versailler Vertrag zu kühlen hat.

Jrenangriff auf eine Polizeistation.

London, 9. März. Die Polizeistation von Hugginstown in der Grafschaft Kilkenny (Südbotlan) wurde am frühen Morgen mit Bomben und Sprengmitteln angegriffen. Ein Teil der Station flog in die Luft. Die Angreifer erbeuteten Waffen und Munition. Ein Polizeistationar erlag seinen Wunden.

bei Umbildung seines Rates zu schließen und die akademische Ordnung mit allem was zu Gebote stehenden Mitteln innerhalb der Universität zu wahren.

Barthou als Führer der Reaktion.

Pariser Meldungen zufolge wird in den Kreisen des Parlamentes stark darauf hingearbeitet, Millerand zum Rücktritt zu bringen, um ihn durch ein noch nationalitätsloseres Kabinett Barthou zu ersetzen. Man wirft dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten die mangelnde Energie vor, die er sowohl zu Beginn der Londoner Verhandlungen, wie auch gegenüber den streikenden Eisenbahnern gezeigt habe. Die Freude tritt nur deshalb noch nicht öffentlich zutage, weil mit Rücksicht auf den Erfolg der augenblicklich zur Zeichnung aufliegenden Anleihe die Partei und Zeitungen noch bis zum 20. März zur 'heiligen Einigkeit' verpflichtet sind. Sie findet auch Unterstützung bei ehemaligen Mitarbeitern Clemenceaus, und Lardieu nimmt bereits im 'Petit Parisien' das Wort, um den Versailler Friedensvertrag gegen jede Abschwächung zu schützen. Barthou hat selbst eine Interpellation über die auswärtige Politik eingebracht, deren Verhandlung jedoch ebenfalls mit Rücksicht auf die Anleihe bis zum Ende der nächsten Woche vertagt worden ist. Unterdessen hat Barthou die Vorstände der republikanischen Parteigruppen zu gemeinsamen Besprechungen herangezogen und dabei förmliche Anklagen gegen die Regierung erhoben. Als er schließlich jedoch den Antrag stellte, sein nationalpolitisches Programm der Regierung als Ultimatum zu unterbreiten, ließ er bei den Vertretern der radikalen Partei auf Widerstand und mußte sich schließlich damit zufrieden geben, daß dem Ministerium nur einige Wünsche unterbreitet werden in Bezug auf die Neuorganisation des Koalitionsrats der Industriearbeiter.

Paris, 9. März. Barthou hat nach einer Meldung des 'Humanité' die Mitglieder der sozialistischen Partei zu einer Beratung darüber zusammenberufen, ob sie bereit zu unterbreiten.

Die Arbeiter und die neue Einkommensteuer.

Von Wilhelm Reil.

Es gibt künftig in Deutschland nur noch eine Einkommensteuer, und darum heißt sie 'Einkommensteuer' und nicht 'Reichseinkommensteuer'. Die neue Steuer wird scharf wirken. Die Regierung will 8 Milliarden aus ihr heraushehlen, ohne die besondere Einkommensteuer, die die juristischen Personen auf Grund des Körperschaftsteuergesetzes zu zahlen haben. In der Vorriechzeit gingen im Reich, in den Ländern und Gemeinden zusammen an Steuern aller Art kaum 5 Milliarden ein! Wahrscheinlich wird die neue Steuer bei der wachsenden Papiergeldflut noch mehr als 8 Milliarden bringen. Das wäre erwinlich, denn jede Milliarde, die die relativ gerechte Einkommensteuer bringt, braucht nicht durch relativ ungerechtere Steuern erhoben zu werden.

Ein Arbeiter mit 9000 M. Jahreseinkommen z. B. hat, wenn er ledig ist, 12, 13 Proz., wenn er verheiratet ist und zwei Kinder hat, 7,08 Proz., wenn er 5 Kinder hat, 4,4 Proz. Steuern zu zahlen, bei 50000 M. Einkommen macht dagegen die Steuerlast schon 25 bis 26 Proz., bei 100000 M. 33 bis 34 Proz., bei 200000 M. 41 bis 42 Proz., bei 300000 M. etwa 50 Proz., und sie steigt bei den Rieseneinkommen bis zu 60 Proz. Diese nach oben sich verärgende Wirkung und die Tatsache, daß die unvermeidlichen Ausgaben der öffentlichen Körperschaften noch lange nicht vollständig gedeckt sind, hat und veranlaßt, auf eine größere Ertragskraft der Einkommensteuer hinzuwirken.

Unsere Anträge gingen dahin, unten noch mehr Schonung zu gewähren, bei den Einkommen von etwa 40000 M. an über den Tarif in der Weise zu verschärfen, daß der auf 60 Proz. bemessene Höchstfuß der Vorlage nicht erst bei einer halben, sondern schon bei einer Viertelmillion Einkommen erreicht würde, und dann mit der Staffelung fortzuführen bis zu 80 Proz., die bei einer halben Million in Kraft treten sollten. Die bürgerlichen Parteien lehnten diese Umgestaltung des Tarifs schon im Ausschuss ab mit dem Hinweis darauf, daß bei den großen Einkommen, die zum größten Teil aus Vermögen stammen, noch die Kapitalertrag-, die Grund- und Gebäude-, sowie die Körperschaftsteuer hinzutrete, wodurch an sich schon eine Gesamtbelastung der größten Einkommen bis zu 90 Proz. eintreten könne. Dieser Hinweis ist richtig. Wenn wir trotzdem unsere Anträge stellen, so wollten wir mit voller Macht den antikapitalistischen Charakter der neuen deutschen Steuerreform noch verschärfen. Die wirtschaftlich notwendige Kapitalbindung muß im verarmten Deutschland durch Einschränkungen in der Lebensführung der oberen Schichten und durch Zusammenlegung der Erbschaften der Geringverdienenden, nicht aber durch Ansammlung von großem Reichtum in wenigen Händen gefördert werden.

Nach Ablehnung unserer Anträge im Ausschuss werden deren Wiedereinführung im Plenum gewollt; sie unterblieb daher. Unser Standpunkt wurde gleichwohl vertreten. Die Unabhängigen stellten dagegen im Plenum Verschärfungsanträge, nachdem sie im Ausschuss vollkommen unaktiv geblieben waren. Soweit ihre Anträge in der Richtung unserer Absichten lagen, stimmten wir ihnen trotz ihrer laienhaften Formulierung zu. Ablehnen mußten wir die Anträge der Unabhängigen, die geradezu groteske Wirkungen zur Folge gehabt hätten. Sie wollten dem ledigen Steuerpflichtigen bis zu einem Einkommen von 15000 M. einen Abzug von 3000 M. gestatten, dem verheirateten mit einer zahlreichen Kinderfamilie aber schon bei einem Einkommen von mehr als 15000 M. jeden Abzug verweigern. Dabei sollte nach dem Antrag der Unabhängigen von Einkommen unter 15000 M. nur die Hälfte der Tarifhöhe, bei Einkommen über 15000 M. aber die volle Höhe erhoben werden. Das hätte bewirkt, daß ein Bediener mit 14000 M. Einkommen von 11900 M. (nach Abzug von 3000 M.) 1029 M. = 6,9 Proz., ein Ehepaar mit 8 Kindern bei einem Einkommen von 15000 M. 2562 M. = 17 Proz. Steuern zu bezahlen gehabt hätte! Ueber einen derartigen verunflutenden Antrag ließen die Unabhängigen in der Reichsversammlung abstimmen! Und ihr abnuschloser Sprecher meinte im Ernst, solche schroffen Wirkungen ließen sich nicht vermeiden!

Wir streben einen anderen Weg und erreichten erhebliche Verbesserungen für die Steuerpflichtigen, die ihrer am meisten bedürfen. Den steuerfreien Betrag für ledige von 1000 M. beschränkten wir schon bei der ersten Debatte auf niedriger. Er wurde auf 1500 M. erhöht. Handel es sich um ein kühnliches Verbrechen, so erhöht sich der steuerfreie Einkommensteil auf 2000 M. Für jedes Kind wollte die Vorlage nur einen Abzug von 300 M. gestatten. Wir erreichten die Erhöhung auf 500 M. für jedes Kind bei allen Steuerpflichtigen. Bei den großen Einkommen be-

Haenisch für Nicolai.

Der Unterrichtsminister schützt die Zensurfreiheit gegen den Senat.

In der Angelegenheit Nicolai hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung dem Senat der Berliner Universität auf sein Urteil das Folgende mitgeteilt: Nachdem eine Gruppe der Studentenschaft die Vorlesungen des außerordentlichen Professors Dr. Nicolai unter schwerer Verletzung akademischer Disziplin unzulässig gemacht hatte, war von Professor Nicolai mit meinem Einverständnis der Senat des akademischen Senates nachgesucht worden. Statt daß dieser in seiner Stellungnahme die akademische Zensurfreiheit wiederhergestellt hätte, hat er die Tätigkeit eines Ehrengerichtes ausgedeutet und entgegen seiner eigenen Auffassung ein politisches Urteil gefällt. Bei dessen Bildung der völligen Unklarheit der Verhältnisse in Deutschland außer acht ließ. Man kann über die Art, in der Professor Nicolai seiner Ueberzeugung während des Krieges Ausdruck verschaffte, verschiedene Ansichten sein; aber eine akademische Behörde kann nicht zur Verurteilung schreiben auf Grund von Handlungen, die unter einer allgemeinen Amnestie der vom Volke gewählten Regierung fallen. Auch kann der Senat als eine rein wissenschaftliche Vermittlungsbehörde für ein politisches Urteil nicht als zuständig angesehen werden. Eine Disziplinarbefugnis steht ihm einem außerordentlichen Professor gegenüber nicht zu.

sein Spruch hat als keineswegs rechtliche Folgen.

Dagegen kann auch nicht eingewandt werden, daß sich Prof. Nicolai dem Urteil des Senats freiwillig unterworfen habe; denn er hat sofort schriftlichen Protest erhoben, als der Senat die Unterbindung vom akademischen auf das politische Gebiet bezog. Zwar hat der Senat in seinem Urteil den ordnungswidrigen Einritt der Studierenden in die Zensurfreiheit mißbilligt, aber er geht mit stillschweigender Über die Tatsache hinweg, daß es dem Rektor der Universität nicht gelungen war, die akademische Disziplin zu bewahren. Angesichts dieser Tatsachen fühle ich mich im Interesse der unter allen Umständen aufrechtzuerhaltenden Zensurfreiheit verpflichtet, Professor Nicolai, falls er seine Dozierfähigkeit fortsetzen will,

Wohl für einen solchen Abzug zwar kein Bedürfnis. Wir wollten daher mit einer sorgfältig ausgleichenden Uebergangstafel die Abzüge für Frau und Kinder bei Einkommen von 20 000 bis 50 000 M. allmählich in Wegfall kommen lassen. Unter Anerkennung des sozial-vernünftigen Grundgedankens wurden aber von der Finanzverwaltung so schwere verwaltungstechnische Bedenken gegen ihn erhoben, daß er in Rücksicht auf die überlasteten Steuerbehörden nicht weiter verfolgt werden konnte. Wohl aber wurde auf unseren Vorschlag hin zum Ausgleich für den Wegfall der unbefristetbaren Mindersteuervorschrift des Umsatzsteuer-Gesetzes allen Steuerpflichtigen bis zu 10 000 M. Einkommen für jedes Kind ein weiterer Abzug von 200 M. gewährt. Von Einkommen bis zu 10 000 M. dürfen also für jedes Kind 700 M. abgezogen werden. Eine Uebergangsbestimmung sorgt dafür, daß ungerechte Wirkungen bei den Grenzfällen vermieden werden. Was hier den kleinen Einkommensträgern geboten wird, ist im ein Vielfaches mehr, als was ihnen im Umsatzsteuergesetz genommen wird. Nach diesem Beschluß bleiben steuerfrei von einem Einkommen:

	Bis zu 10 000 M.	von mehr als 10 000 M.
Beim Lebigen	1500 M.	1500 M.
Unberufen Ehepaar	2000	2000
Ehepaar mit 1 Kind	2700	2500
" " 2 Kindern	3400	3000
" " 3	4100	3500
" " 4	4800	4000
" " 5	5500	4500
" " 6	6200	5000

Rechnen wir ein Einkommen von 9000 M. an, so hat der Lebige davon 7500 M., der Verheiratete mit 6 Kindern 2900 M. zu versteuern, und der Erstere zahlt von dem verbleibenden Rest des Einkommens 910, der Letztere 220 M. Steuer. Eine solche Wirkung ist vernünftig.

Es wäre natürlich zu wünschen, daß die kleinen Einkommen noch weitergehend gesichert würden. Aber erstens war das nicht zu erreichen, zweitens ist nicht zu bestreiten, daß jede starke Milderung bei der großen Masse der Steuerpflichtigen mit kleinem Einkommen einen Milliarden-ausfall bewirkt, der schließlich durch andere Steuern gedeckt werden müßte, daß aber eine Verschärfung bei der kleinen Zahl der Hohen Einkommen besten Falls Millionen einbringt. Ein „Existenzminimum“, das eine geordnete Lebensführung garantieren würde, stellt der steuerfreie Einkommen nicht dar. Ein solches beantragten auch die Unabhängigen nicht. Ihre zahlenmäßigen Schätzungen des zum Leben notwendigen Einkommens gingen um mehr als das Doppelte über die von ihnen beantragte steuerfreie Grenze hinaus. Ein gleichmäßiges Existenzminimum für Großstadt und ländliche Dorfgemeinde ist auch nicht aufzustellen.

Geht die Ehefrau der Erwerbsarbeit nach, so wird ihr Einkommen zwar mit dem des Mannes zusammengerechnet. Auf unseren Antrag wurde aber ins Gesetz geschrieben, daß der Mehraufwand im Haushalt, der durch die Erwerbsarbeit der Ehefrau entsteht, vom gemeinsamen Einkommen abgezogen werden darf.

Endlich ist es uns gelungen, die Zusammenrechnung des Einkommens der erwerbstätigen Kinder mit dem des Vaters, wodurch ein höherer Steuerfuß zur Anwendung käme als bei der getrennten Veranlagung, zu vermindern. Das Arbeitseinkommen der im elterlichen Haushalt lebenden Kinder, sowohl der minderjährigen wie der volljährigen, wird selbständig, und daher mit dem niedrigeren Fuß besteuert.

Das sind die wichtigsten Verbesserungen, die wir im neuen Einkommensteuergesetz erreicht haben. Die Steuerfüße sind bei den kleinen Einkommen erheblich niedriger als die im letzten Jahr bezahlten Steuerfüße der einzelstaatlichen Steuern, bei den mittleren und großen Einkommen sind sie beträchtlich höher. Die Arbeiter tragen trotzdem noch schwer an den Steuerfüßen. Aber sie würden noch ganz anders belastet sein, wenn wir die unfruchtbare Agitationspolitik der Unabhängigen befolgt hätten.

Elektrische Kraft aus der Luft.

Von Dr. G. Goerges.

Ein Kopenhagener Gelehrter arbeitet an Versuchen, elektrische Energie aus der Luft zu gewinnen. Köhler ist darüber noch nicht bekannt, doch besteht nach unseren Kenntnissen des elektrischen Zustandes der Atmosphäre kein Zweifel, daß es möglich ist, elektrische Ströme aus der Luft heranzuziehen. Schon Franklin (1706—1790), der Erfinder des Blitzableiters, erkannte die starke elektrische Ladung der Luft, doch war damals an eine praktische Verwendbarkeit noch nicht zu denken. Köhler hat die Luftelektrizität dem Menschen mehr geschadet als genützt, besonders wenn sie beim Gewitter in riesigen, zuckenden Blitzen zur Erde schlägt.

Im allgemeinen besitzt die Luft eine positive Ladung, deren Spannung zur Erde in 8000 Meter Höhe auf über 50 000 Volt anwächst. Die Entladung dieser gewaltigen Ladung führt man auf die in der Erde verteilten radioaktiven Stoffe zurück. Ein Radiokilometer der Luft enthält (auf denen alle Erdschichten) ruhen, enthält mehr als 2 Mikrogramm Radium. Die explodierenden Radiumatome entwickeln ein eigentümliches Gas, die sogenannte Emanation, das besonders bei niedrigem Luftdruck aus dem Boden flüht. Dieses Gas ist beim Eintritt in die Luft positiv geladen, es zerfällt außerdem beständig in positive und negative Elektrizitätsteilchen, von denen die negativen durch Regen und sinkenden Nebel zur Erde geführt werden, die Luft also beständig positiv bleibt. Diese radioaktiven Vorgänge wirken gleichzeitig in der Weise auf die Luft, daß diese die Elektrizität leitet. Es bilden sich nämlich wandernde Teilchen (Ionen), welche Elektrizität mit sich führen. So kommt es, daß beständig elektrische Ströme aus der Höhe zur Erde fließen, Ströme die gewaltige Energiemengen bergen. Diese geheimnisvollen Strömungen im Luftmeer können sich an Wolkenschichten. Bei hohem Feuchtigkeitgehalt der Luft sehen sich nämlich den wandernden Elektrizitätsteilchen die feinen Reibeltropfen der Wollen an, welche die Bewegung stark verzögern. Die elektrische Spannung schwillt dadurch gewaltig an und macht sich schließlich in stammenden Blitzen Luft. Wolkenschichten wirken also wie ein Staubamm, eine Talferre auf die elektrischen Ströme der Luft, und die Gewitter sind Stauwüchse.

Allerdings sind die Vorgänge beim Gewitter etwas bewundernswürdig. Sie entwickeln sich zu ihrem erhobenen und wilden Aufbrausen nur dann, wenn die elektrischen Strömungen durch gewaltige Luftwirbel, die ihre Kraft der Sonnenglut verdanken, verstärkt werden. Sonnenfeuer und verdäunende, aber riesige Kraft der Erde vereinigen sich dann zu den großen Feuerschlägen der Blitze.

Platzhalter der Monarchie.

Warum Hindenburg kandidieren soll.

Die wahren Absichten, von denen die Macher der Hindenburgkandidatur durchdrungen sind, treten immer deutlicher ans Licht. Letzten Endes handelt es sich überhaupt nicht um eine republikanische Präsidentschaft, sondern um die Wiederherstellung der Monarchie, deren Platzhalter der Präsident Hindenburg sein soll. Die Beweise für diesen Plan sind so erdrückend, daß er von seinen Ueberebern nicht mehr geleugnet werden kann.

Die Wochenchrift „Deutsche Politik“ veröffentlicht in ihrer jetzt erscheinenden Nummer ein bisher völlig unbeachtet gebliebenes Interview des Obersten Bauer mit dem amerikanischen Berichterstatter Karl S. Wiegand, das schon am 7. Dezember 1919 in der Zeitung „New York American“ erschienen ist. Oberst Bauer ist ein der Hauptführer der Ludendorff-Cligue, die während des Krieges die bekannte unheilvolle Rolle gespielt hat und sie jetzt gern noch weiter spielen möchte. Er hat damals dem amerikanischen Ausfrager wörtlich erklärt:

Unsere Absicht ist die Wiederherstellung der deutschen Monarchie nach britischem Muster. Unser Programm enthält: Die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten bei der kommenden Wahl; ein Plebiszit des deutschen Volkes über die Frage: „Monarchie oder Republik“; die Erhebung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, des berechtigten Erben, auf den Thron, wenn das Plebiszit für die Monarchie ausfällt, wie wir glauben.

Ueber dieses Programm hat Herr Wiegand nun dem Obersten Bauer eine Anzahl formulierter Fragen vorgelegt, worauf die Antworten von Bauer ebenfalls schriftlich formuliert wurden. Hier interessieren die Antworten 3 bis 5, die lauten:

- Die Absicht, die Monarchie wiederherzustellen, wird frei gegeben.
- Diese Monarchie soll nach britischem Muster eingerichtet werden.
- Hindenburg soll Nationalpräsident werden als Mittel zu dem Zweck.

Hindenburg „Mittel zum Zweck“! Charakteristisch genug für die Männer, die jede sachliche Gegnerenschaft gegen Hindenburg als eine Art Gotteslästerung denunzieren möchten. Ihnen ist er als „Mittel zum Zweck“ gerade gut genug!

Doch vom Ludendorff zum Ludendorff selber! Er hat vor kurzem in einer Eberwalder Versammlung, in der zunächst ein Herr von Nebenau Hindenburg als Kandidaten für die Wahl eines Reichspräsidenten empfahl, nach dem Bericht der „Demokratischen Parteikorrespondenz“ erklärt:

Solange wir keinen Monarchen haben, ist Hindenburg der beste Platzhalter für ihn.

Nach ein Dritter im Bunde. Der Pfarrer Traub, der ja bei den Deutschnationalen einer der ersten Macher ist, hat am vergangenen Donnerstag in einer Versammlung der Ortsgruppe Tempelhof der Deutschnationalen Volkspartei über die Wahl des kommenden Reichspräsidenten gesagt:

Wir brauchen einen Mann, der einem künftigen Kaiser nichts in den Weg legt, sondern demselben vorarbeitet.

Der Bericht verzeichnet hinter diesen Worten stürmischen Beifall. Sicher hat Traub am Donnerstag schon von der geplanten Kandidatur Hindenburgs gemutet, die 48 Stunden darauf in die Öffentlichkeit posant wurde.

Aus allem geht ganz klar hervor: die Deutschnationalen wollen gar keinen Präsidenten Hindenburg an der Spitze der Republik, sondern nur einen Platzhalter für die von ihnen zurückgekehrte Monarchie. Wir stellen hier jüngst — zur großen Enttäuschung der alldeutschen Presse — fest, daß der unerfahrene Politiker Hindenburg, sofern man von einem solchen überhaupt reden kann, stets nur der vorgeschobene Mann für die dunklen Machenschaften der Ludendorff und Helfferich gewesen ist. Nach den hier gemachten Feststellungen kann wohl nicht mehr ernsthaft be-

trachtet werden, den Menschen dienlich machen kann? Große Energiemengen sind wohl vorhanden, aber sie sind auf so weite Räume ausgebreitet, daß die Auffangapparate riesige Dimensionen annehmen müßten. Ihrer praktischen Verwertung werden sich wohl ähnliche technische Schwierigkeiten entgegenstellen, wie der Ausnutzung der Wärme des Erdinnern, der Kräfte des Meeres und der direkten Verwandlung der Sonnenwärme in Arbeit. Schwierigkeiten dürfen wir aber nicht scheuen, und jedem neuen Hilfsmittel des Fortschritts sollen wir unsere ganze Anteilnahme schenken.

Marx-Brevier. Das vor zwei Jahren zum hundertsten Geburtstag von Karl Marx aus den Büchern, Manifesten, Aufsätzen und Briefen des bahnbrechenden sozialistischen Denkers zusammengestellte Brevier „Geschichtliche Zeit“ ist vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts (eben in zweiter Auflage herausgegeben) worden. Aus dem knappen Verlauf der ersten starken Auflage läßt sich schließen, daß die gewaltige Fülle der Einführungen in die Gedankenwelt und politische Praxis von Marx Ermühten getroffen haben mag. So hat der Verlag sich entschlossen, in gleicher Art auch zu anderen Vorkämpfern des aufsteigenden Proletariats (solch einen Weg zu bauen: eine Reihe von „Brevieren des Sozialismus“ kommt in Sicht. Diese Bücher sollen also, wie es das Wesen des Breviers ist, in Auszügen aus den Schriften der Männer, deren Wort immer noch bedeutungsvoll ist, und führt, das Wesentliche mitteilen, was uns eine Hilfe zum Weisse und zum Handeln dieser Persönlichkeiten öffnen kann, und als erstes ist die genannte, von Franz Diefenbach geschaffene Marx-Ausgabe, die nunmehr den neuen Namen „Marx-Brevier“ erhalten hat, in die Sammlung eingestellt worden.

In sechs Abschnitten gruppiert das Marx-Brevier seinen gewaltigen Stoff. Ein einleitender Aufsatz des Herausgebers stellt auf Marx als Entwicklungstheoretiker und revolutionären Entwicklungstheoretiker ein. Der erste Abschnitt, betitelt „Revolutionäres Erkenntnis“, schöpft aus den Schriften der vierziger Jahre, in denen der Durchbruch zum revolutionären sozialistischen Denken sich in dem jungen Marx vollzieht; der zweite, „Die kapitalistische Produktionsweise“, stellt grundlegende Ausführungen über den ökonomischen Bau und das geschichtliche Werden der kapitalistischen Gesellschaft zusammen; der dritte, „Klassenkampf und Arbeiterkampf“, erschließt das große Kapitel der sozialistischen Weltanschauung, die den geschichtlichen Entwicklungsfaktor des Kampfes um die Verklärung der Arbeitszeit im Gegensatz zum Ausbeutungsdruck, gesellschaftsfeindlichen Kapitalismus und Klassenkampf; der vierte Abschnitt, „Sozialismus und Arbeiterbewegung“, zeigt in der zeitlichen Folge und Erörterungen auf, die ein Bild der aktiven Teilnahme Marx an der Massenbewegung des Proletariats geben und so ein Spiegel der Epoche des kommunikativen Manifestes bis zum Beginn der achtziger Jahre werden; der fünfte, „Geschichtsauffassung“, stellt in achtzig Stellen alles (man findet das nirgends sonst) zusammen, was Marx verstreut über die materialistische Geschichts-

stiffen werden, daß dieser Stoff auf den Präsidentschaftskandidaten Hindenburg doppelt und dreifach zutrifft.

Hindenburg bittet Wilhelm um Erlaubnis.

In einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei, die am Montag in den Germania-Saal stattfand, erzählte nach dem Bericht der „Deutschen Zeitung“ der Redner Rektor Gadenberg folgendes:

Wir haben dem Generalfeldmarschall von Hindenburg die Präsidentschaftskandidatur angeboten, und er hat sie angenommen. In diesem Zusammenhang darf ein Zug des großen Feldmarschalls nicht unerwähnt bleiben. Als dem Feldmarschall die Kandidatur angeboten wurde, hat er erst eine Weile Zeit erbeten und bei seinem Kaiser, dem er den Treueid geschworen hatte, die Genehmigung zur Annahme eingeholt.

Ein Präsidentschaftskandidat, der zur Bewerbung um das Amt zuvor die Genehmigung des ehemaligen deutschen Kaisers einholt! Deutlicher konnte der Gedanke der Platzhalterchaft durch Hindenburg selber kaum ausgedrückt werden. Kann das deutsche Volk wirklich einen Präsidenten der Republik wählen, der in dieser Weise die Republik verhöhnt?

Vom Radau zum Totschlag.

Eine Bluttat des Freikorps Lichtschlag in Osnabrück.

Am Dienstag wollte Hellmut von Gerlach, wie er selber in einem Hiesigen Vormittagsblatt berichtet, in Osnabrück in öffentlicher Versammlung über das Thema „Nebenkrieg oder Dauerkrieg?“ sprechen. In die Versammlung versuchten eine Anzahl Angehörige des Freikorps Lichtschlag, das in Osnabrück in Garnison liegt, bewaffnet einzudringen. Sie wurden am Eingang von den Ordnern darauf aufmerksam gemacht, daß sie vor dem Eintritt die Waffen abzugeben hätten, wie das im Reichsvereinsgesetz ausdrücklich vorgeschrieben ist. Dieser Anordnung wollten sich die Soldaten nicht fügen. Als die Ordnern sie deshalb vom Beitreten des Saales abzuhalten versuchten, zog einer der Radauer seinen Revolver und schloß den etwa 25jährigen Sohn des Vorsitzenden der Ortsgruppe Osnabrück der Freischützengesellschaft, namens Knüppe, nieder, der schwer verletzt nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. In der Verwirrung, die nach dem Schuß entstand, entflohen der Täter. Etwa 100 bewaffnete Soldaten drangen gleichzeitig in den Saal ein. Ihre Versuche, die Versammlung zu sprengen, scheiterten jedoch an der mitterhastigen Disziplin der Arbeiter, die die große Reiberei der Besucher stellten. In der Diskussion das Wort zu nehmen, fand keiner der Bewaffneten den Mut.

Dem Tode ist bereits im November ein ähnlicher Vorangegangener. Damals wurde gleichfalls eine Versammlung der Freischützengesellschaft von Angehörigen des Freikorps Lichtschlag gesprengt, wobei der Referent, Professor Nicolai, nur mit Mühe tödlicher Verewaltung entging. Eine Deputation, die sich damals beschwerdeführend an Rostke wandte, hat wie das erneute Vorkommnis zeigt, einen positiven Erfolg nicht erreicht.

Gleichzeitig meldet das „A.L.“ einen zweiten ganz ähnlichen Skandal aus Bayern. In Passau wurde die Aufführung des Lebensbildes Kurt Eisner von Reichswehrenten unter Führung der Reichswehroffiziere Hauptmann Gundinger und Leutnant Brandt planmäßig gestört. Obwohl es sich um eine geschlossene Vorstellung der Gewerkschaften handelte, hatten sich eine Anzahl Soldaten Zutritt verschafft, die sich nicht mit antisemitischen Schreien begnügten, sondern mit Schläglingen und aufgespanntem Bajonett, die Offiziere mit Reitpeitschen und Knüppeln gegen die Theaterbesucher vorgehen. Reichsgewalt wurden auf die Bühne geworfen und schließlich von der Galerie geschossen. Ein Gewerkschaftssekretär, der einen der beteiligten Soldaten festhalten lassen wollte, wurde von anderen Reichswehroffizieren verhaftet und nachts in der Zelle von Leutnant Brandt und anderen Leuten der Reichswehr mit eisernen Schläglingen zugerichtet. Ebenso erging es zwei weiteren In-

auffassung geübert hat; ein letzter Abschnitt endlich sich einem Kranz „Aphorismen über Wissenschaft“. Mit Quellen-Nachweisen schließt dieses „Marx-Brevier“, dem sachkundigste sozialistische Kritiker sehr anerkennende Urteile gewidmet haben.

Alles, was von Marx gedruckt worden ist, wurde für dieses Buch durchsicht, und durch Ueberschriften zu den einzelnen Mitteilungen, die nicht regellos, sondern in sinnigem Maße nacheinandergeordnet, ist denen, die das Buch herannehmen, die Befähigung erleichtert. Daß jeder Satz, jede Gedankenentwicklung, jede geschichtliche Erörterung von Marx wie durch den Inhalt zugleich durch die Form ein höchster geistiger Genuß wird, braucht keinem, der je in ein Buch dieses Mannes sich hineinlas, gesagt zu werden. Hier wirkt geniale Energie, und ihre Funken springen zandernd über.

Vertragsbruch-Anwetter in der Staatsoper. Die Intendanz der Staatsoper hat den Bühnenverein gegen die unüberlegte, unter Bruch ihrer Verpflichtungen außer Land gegangene Frau Clara Dux angeregt, das Schiedsgericht dieser Intanz bei der Sängerin für vertretbar erklärt, die Verantwortliche erkennt den Bruch nicht an, die Intendanz wendet sich an das ordentliche Gericht und zugleich erklärt Präsident Noll, daß eine Entscheidung in der Sache von einem Schiedsgericht aus Bühnenverein und Bühnengenossenschaft hätte gefällt werden müssen, was nun geschehen wird, obwohl die sehr selbstherrliche Clara Dux nicht Mitglied der Genossenschaft ist. Hinterr diesem einen Fall, der also noch nicht erledigt ist, taucht bereits ein neuer Vertragsbruch-Fall in der Staatsoper auf, und diesmal betrifft er einen Genossenschaftler, dessen Name heute noch nicht genannt wird.

Eduwig Kullmer zum Gedächtnis kam im Oberlichtsaal der Bühnarmonie eine Feier statt, die nicht nur einen haren Querschnitt durch das Werk dieses Geistes lieferte, sondern vor allem eine ergreifende Oudigung für seinen glühenden Ideendienst, seine fanatische Menschensiebe und die feuchte Strenge seiner Befinnung war. Rudolf Leonhard zeichnete in seiner Rede das hüne Profil des Kampfbereiten und gab eine Uebersicht und scharfsinnige Konstruktion dieses antiliterarischen Literaten und menschenblühigen Revolutionärs. Karlheinz Martin las aus dem Buch: „Der Mensch in der Mitte“ das Hauptkapitel „Der Kampf mit dem Engel“, das die fundamentalen Sätze des Bühnenvereins Geduldes enthält, mit harterem Gefühl für den gewaltigen Abwärtsschritt dieser Prosa. Frau Antona Vahn-Rahn las einige Zeile aus dem Gedicht „Das himmlische Licht“, sie hatte den inneren Atem für diese inbrünstig abroßenden Strophen. Die Erneuerung aus „Die Gemeinschaft“ las Alfred Beyerle, dessen Vortrag sich immer wieder durch die feurig hervorbrechende Bestimmung Verewaltung und Glaube wie wenige sonst erschütterte. Den Abkühlung bildete eine gemeinsame Vorlesung des ersten Aktes von „Die Gewollten“, der den Wunsch erweckte, diese eindringliche Anleitung zum Handeln in der Gemeinschaft bald auf der Bühne zu sehen. Keine bessere Ertung konnte dem toten Dichter geschehen; seine Gedanken fließen in: Sierne und Herz.

Theater. Das Große Schauspielhaus mit Herbert Hauptmanns neuem Werk: „Der Reiche Oslund“ am 12. März zur Aufführung gelangen lassen.

haktierten, dem Pfasterer Flebisch und dem Maurer Knorr, die ebenfalls schwer mißhandelt wurden.

Wir haben anlässlich der Berliner Vorgänge gegen den Terror der Versoffneten den schärfsten Protest erhoben. Leider sehen wir, daß es so gut wie gar nichts genützt hat. Genosse Roske hat davon gesprochen, daß die Reichswehr sich der Republik immer mehr anpasse, wir bemerken davon wenig. Sein Hamburger Wort, daß es unerträglich sein werde, wenn hunderttausend Versoffnete das politische Leben der Gesamtheit terrorisieren, hat unsere volle Zustimmung gefunden, nur möge Genosse Roske endlich erkennen, daß dieser Zustand bei uns schon eingegriffen ist und zwar in einer Weise, daß die Republik und die Demokratie den schmerzlichen Schaden davon haben. Vorgänge wie in Berlin, Osnabrück und Cassau sind die unerkennbaren Vorläufer eines weißen Terrors. Wir erwarten, daß die Nationalversammlung erkennt, wozu wir treiben und dem Reichswehrminister im Kampf gegen eine so gefährliche Entwicklung den Rücken steift.

Der „Jude Helfferich“.

Herr Helfferich ist zurzeit bekanntlich Geld und Abgott der vereinten Antikemiten, Deutschpölkischen und Deutschnationalen. Jede Auslösung des reaktionären Klüngels zeigt uns, wie sehr diesem die Affäre Helfferich-Erzberger willkommen ist, um daraus für seine Jüdische Kapital zu schlagen und weite Kreise der Bevölkerung davon abzulenken, daß gerade diese Leute, die sich jetzt am lautesten über Erzberger entrüsten, und mit ihnen in erster Linie Herr Helfferich, die Hauptschuld an dem Elend tragen, das über unser Vaterland hereingebrochen ist. Es ist nun von Interesse, daß der von der vereinigten Reaktion heute aufs Schärfste erhobene Helfferich ein Gegenstand wütendster Angriffe seitens derselben Antikemiten war.

Den Niederschlag der antisemitischen Anwürfe gegen Helfferich findet man in der erst vor kurzem erschienenen Schrift Wilhelm Meisters „Judas Schuldbuch“, in der sein unheilvolles Wirken auf S. 83 folgendermaßen gekennzeichnet wird:

„Es ist bei dieser Entwicklung natürlich, daß während des Krieges zum inneren Reichsminister, zum beamteten Führer der deutschen Wirtschaft ein einseitiger Bankfachmann bestellt wurde: Helfferich, der bekanntlich auch auf die äußere Wirtschaftspolitik in jedem Betracht unheilvollen Einfluß ausgeübt hat. Seine Denkschrift von 1916 gegen den U-Boot-Krieg z. B. ist ein Muster gefährlicher Oberflächlichkeit. Sein gewandter Umschliff im Januar 1917 ist ebenso kennzeichnend für die Tiefgründigkeit seiner Ueberzeugungen, wie seine mangelhaften Berechnungen über die unterdessen angefallenen Vorräte Englands kennzeichnend für die Mängel seines politischen und volkswirtschaftlichen Denkens in allen Dingen sind, die nicht seine Bankfragen betreffen. Deutschland verdankt diesem Manne, den der Kaiser als „seinen Mann“ bezeichnete, viel Unheil. Ob er selbst Jude ist, wissen wir nicht. Auf jeden Fall gehört er zum achten Ringe der Prognostiker.“

Es ist höchst vergnüglich mitanzusehen, daß gerade dieser unter Verharmlosung so vieler Liebenswürdigkeiten gekennzeichnete Helfferich jetzt von der Reaktion auferleben wird, um die Steuererhebung der Republik zu bekämpfen. Herr Helfferich ist bekanntlich als Kandidat der D. N. B. für die bevorstehenden Reichstagswahlen in Bommern angetreten. In Bommern, dem antisemitischen Doradol, wir empfehlen keinen dortigen Gesinnungsgenossen, für ihre Wahlzettel den Abdruck der Charakteristik, die Herr Wilhelm Meister von ihrem Gelden entwirft, nach deren Verküre Herr Wilhelm Meister allerdings wahrscheinlich eine Reilung zur besseren Information — auf die Lehr- und Wanderjahre geschickt werden dürfte.

Aristokraten und Plebejer.

Unsere Reaktionsäre nehmen bekanntlich für sich nicht nur die alleinige staatsmännliche Einsicht, die höchste wirtschaftliche Befähigung und die tüchtigsten politischen Leistungen in Anspruch, sie behaupten auch, die vornehmste Bestimmung, die aristokratische Denkweise für sich gepachtet zu haben. In der letzten Zeit haben wir verschiedene hübsche Proben dieser vornehmen Denkweise zu sehen bekommen, wir erinnern nur an das Attentat des aristokratischen Junkers v. Sirschfeld auf Erzberger, an die Anrempelungen seitens der Baltikumoffiziere in der Verlod-Berksommung und an die unerhörte Drohparole französischer Kommissionsmitglieder seitens eines Hohenzollern-Professors im Hotel Adlon. Dieselben Kreise, die durch die Geldtaten ihrer Angehörigen in der letzten Zeit arg kompromittiert sind, glauben nichtsdestoweniger noch wie vor noserühmend auf das „gemeine Volk“ herabzublicken zu dürfen. Da erscheint es äußerst zeitgemäß, ein Wort Romain Rollands zu zitieren, das dieser in seinem großen Johann Christoph-Roman ausspricht:

„Es ist eine Lächer zu glauben, Volk und Plebejer seien dasselbe. Das Volk hat seine Aristokraten ebenso wie das Bürgertum seine Plebejerseelen hat.“

Nach den Vorlesungen der letzten Zeit möchten wir sogar der Ansicht zuneigen, daß in den Kreisen der sogenannten „Aristokratie“ die Plebejerseelen vorherrschen und daß sich diese im umgekehrten Verhältnis ihrer Entfernung vom „Volk“ außerordentlich vermehren.

Wirtschaft.

Frankreich als Industriekont.

Der Finanzminister wies in einer Ansprache an die Versammlung der Honorarwerke auf den Reichtum des durch die Wiedergewinnung zweier Provinzen in seiner Gebietsunterwerfung wiederhergestellten Frankreich hin. Er sagte: Frankreich wird zum ersten Eisenerzergänger Europas und zum Besitzer der größten Wasserkräfte, die ihm bald 500 000 Pferdekräfte liefern werden, wonach noch acht Millionen Pferdekräfte auszunutzen bleiben. Der Minister wies auf die Fruchtbarkeit des Bodens und auf die ungeheure Ausdehnung des Kolonialreichs hin. Die französische Arbeitskraft zeige sich in der bereits vollbrachten Leistung für den Wiederaufbau der befreiten Gegenden.

Die französische Kolonialverwaltung veröffentlichte eine Uebersicht der Ein- und Ausfuhr Frankreichs während der Jahre 1918 und 1919. Die Einfuhr ist in diesem Zeitraum von 20 auf 80 Milliarden gestiegen, die Ausfuhr von 8 auf 9 Milliarden. Das wirtschaftliche Defizit Frankreichs in den beiden letzten Jahren erreicht also 88 Milliarden Frank.

Ware gegen Ware.

Warenverkehr mit der Tschechoslowakei. Eine Einigung über die Preisbasis für bedeutende Verkäufe von Industrie- und Speisefalz nach der Tschechoslowakei wurde erzielt. Mit der Abwicklung eines Kompensationsgeschäftes über Lieferung deutscher Industrieerzeugnisse gegen 10 000 Tonnen Zucker aus der Tschechoslowakei ist begonnen worden. Von den dortigen Zuckerraffinerien wurden bisher 5000 Tonnen Zucker für die Verladung bereitgestellt. 1000 Tonnen sind bereits in Deutschland eingetroffen.

Grundbesitzerverkäufe an Ausländer.

In der „Post“ veröffentlicht Dr. A. v. Mangoldt einen nationalen Mahnruf gegen die Veräußerung von Grundbesitz an Ausländer. Er fordert Selbsthilfe, planmäßige Beobachtung des Grundbesitzmarktes, ferner die Berufs-erklärung, zum Schluß verlangt er die Mitarbeit der Organisation des Grundbesitzes. Wie der Verfasser den Grundbesitzervereinigungen Friedenau, deren Direktor in holländischen Zeitungen den Kapitalisten Friedenauer Grundbesitz anbietet. Der von dem Verfasser vorgeschlagene Weg ist, wie sich zeigt, falsch. Wir brauchen den Genehmigungszwang für Verkäufe und die Aufhebung des Privatbesitzes am Grund und Boden. Damit wird jegliche Spekulation und der Bodenwucher verschwinden.

Industrieller Kapitalbedarf. Die von der Bankfirma Stenger Hoffmann u. Co., Berlin, herausgegebene Statistik ergibt für den abgelaufenen Monat einen abnormalen industriellen Geldbedarf von über 800 Millionen Mark. Die Ausgabe von Industrieobligationen ist gegen Januar umgekehrt gleich geblieben; dagegen hat sich die Ausgabe von Stammpapieren um rund 70 Millionen Mark erhöht, während die Ausgabe von Vorkaufaktien sich um 25 Millionen Mark verminderte. November bis Februar sind annähernd 8 1/2 Milliarden Mark nom. Aktien und Obligationen beschossen und anerkannt worden:

	Stammaktien nom.	Vorkaufaktien nom.	Obligationen nom.	Insgesamt nom.
November einchl. Ankl. und Vorkaufaktien	715	330	243	1288
Dezember	442	23	145	610
Januar 1920	555	76	188	767
Februar	628	60	194	807
	2335	479	658	2472

Groß-Berlin

Speisung von 100 000 Berliner Kindern. Das amerikanische Liebeswerk.

Die Kinderhilfskommission der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) von Amerika, Geschäftssitz: Am Karlsruh 13, 8 Treppen, Berlin W. 35, hat ihre Aufgabe, die Speisung von unterernährten Kindern und Müttern Deutschlands am 26. Februar begonnen. An diesem Tage wurde 75 Kindern und 24 mütterlichen Müttern die erste Mahlzeit in Dr. Neumanns Kinderhaus, Blumenstraße 97, verabreicht. Am 1. März wurden 5000 Kinder aus 50 Volksschulen und Kindergärten im Osten Berlins gespeist. Die erste Mahlzeit wird um 10 Uhr vormittags während der großen Pause für die Kinder, die vormittags die Schule besuchen, gereicht, die zweite um 4 Uhr nachmittags für die Kinder, die den Nachmittagunterricht besuchen. Die Kinderhilfskommission beschäftigt täglich eine Kochknechtin — mit Ausnahme von Sonntag — möglichst vielen unterernährten Kindern Deutschlands während der kommenden 4 Monate zu gewöhnen, in denen die Nahrungsmittelnot am fühlbarsten sein wird. Die Verteilung soll lediglich auf Grund der Bedürftigkeit geregelt werden, ohne Ansehen politischen, sozialen oder religiösen Standpunktes. Die Arbeit ist bisher in Hamburg, Leipzig, Dresden und Chemnitz in Angriff genommen worden und soll auch noch auf andere Städte erstreckt werden. Es besteht die Hoffnung, daß 100 000 Kinder in Groß-Berlin gespeist werden können, sobald genügend Nahrungsmittel verfügbar sind und die notwendigen Einrichtungen getroffen worden sind. Die Speisung wird in Schulen, Kleinkinderbewahranstalten, Säuglingsfürsorgestellen und ähnlichen Institutionen erfolgen. Die Verteilung wird im einzelnen von deutschen Sozialkommissionen geleitet, die der Kontrolle der Kinderhilfskommission unterstehen, die regelmäßig alle Küchen und Verteilungsstellen besuchen wird. Es ist ihr Wunsch, nicht allein die Kinder zu speisen, sondern auch dem deutschen Volk eine Volksschule ihrer guten Gesinnung zu bringen. Auf jeder Speisemarle stehen folgende Worte:

In die Kinder Deutschlands!

Ein amerikanischer Freundschaftsgruß, vermittelt durch die religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker), welche 20 Jahre hindurch und selbst während des letzten verheerenden Weltkrieges den Grundgedanken hat, daß nur Hilfsbereitschaft und Liebe und nicht Krieg und Gewalt der Menschheit Frieden und Glück bringen können.

American Friends Service Committee
Kinderhilfskommission der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) von Amerika

in Zusammenarbeit mit American Relief Administration European Children's Fund, Herbert Hoover, Chairman.

Wenn die Kinderhilfskommission in der Lage sein soll, ihre Arbeit gut durchzuführen, muß sie über eine große Zahl von Helfern verfügen. Sie einmal wöchentlich — oder öfter — einige Stunden dieser Arbeit widmen können und bereit sind, die Küchen und Verteilungsstellen zu besuchen.

Redungen werden erbeten an die Geschäftsstelle der Frauengruppen für Soziale Arbeit, W. 30, Barbarossastr. 66.

Es dürfte unsere Leser interessieren, zu erfahren, wer diese Freunde unserer hungernden Kinder sind. Die Quäker sind eine Religionsgesellschaft, die sich auf einer durchaus demokratischen Verfassung aufbaut. Begründet wurde sie in der Mitte des 17. Jahrhunderts von dem Engländer Fox, der damals als Religionslehrer auftrat. Ursprünglich war Quäker (d. i. Rittler) ein Spottname. Fox hatte nämlich eine Hebe vor Gericht mit dem Worten: „Rittler vor dem Worte des Herrn!“ geschlossen. In England selbst waren die Quäker großen Verfolgungen ausgesetzt, da sie den Glauben zum geordneten Aberglauben bis zu einem fanatischen Aberglauben trieben. Sie wanderten dann aus und ließen sich vornehmlich in Amerika nieder, bis ihnen gegen Ende des 17. Jahrhunderts in England die kirchliche Freiheit eingeräumt wurde. In Amerika wurde ihnen bald die bürgerliche Gleichberechtigung mit den übrigen Religionsgemeinschaften gewährt.

Ein eigentliches kirchliches Glaubensbekenntnis haben die Quäker nicht. Die Lehre von einem göttlichen Licht, das über jeden zu rechter Zeit kommt und die einzige richtige Quelle der Gotteserkenntnis ist, bildet den Kern ihrer Lehre. Sie haben auf Grund dieser Anschauung keinen geistlichen Stand und verweigern alle Wapen an die Kirche, Kindtaufe und Abendmahl, den Eid und den Kriegsdienst, alle Zuchtbarkeit und Romanikturen verwerfen sie, im geselligen

Verkehr vermeiden sie alle Titulationen, nennen alle Menschen „Du“ und nehmen vor keinem den Hut ab. Sie verwerfen die Waffentraue und erkennen nur die Geisteskräfte und statt des leiblichen Essens und Trinkens beim Abendmahl nur die innere Teilnahme des Menschen am Worte Christi an.

Die Quäker betätigen sich in der Hauptsache in der Pflege der Armen, Schul- und Wohltätigkeitsvereinstellungen. Alle Kosten dieser segensreichen Tätigkeit werden bestreitet aus den Erträgen freiwilliger Sammlungen.

Wie ernst die Quäker der Freunde ihre Aufgabe nimmt, dafür ist die große Liebesbereitschaft, die sie in Mitteleuropa entfaltet hat und immer weiter ausdehnt, ein schöner Beweis. Dankbar erkennen wir diese Hilfsbereitschaft an und hoffen, daß recht viel helfende Hände sich zur Bewältigung der neuen Aufgabe zur Verfügung stellen. Die ehemals Verfolgten und Unterdrückten haben als erste die Hand über die Trümmerstätten des Krieges hinweg den unterdrückten Völkern Mitteleuropas entgegengetreten und tatkräftig geholfen, die Not zu lindern. Möge ihre Tätigkeit neben der Errettung unschuldiger Kinder vom Hungertode dazu beitragen, der Völkerverbündung, dem ewigen Völkerverbündnis die Wege zu ebnen und sie zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Schärfere Handhabung der Zwangsbeinartierung.

Die unter dem Vorsitz des Geschäftsführers des Wohnungsverbandes tagende interkommunale Wohnungs-Konferenz Grob-Berlin, der die Vorstände und Wohnungsbegehrten der Grob-Berliner Gemeinden und Landkreise und die Leiter der Grob-Berliner Wohnungsämter angehören, kam einhellig zu der Ueberzeugung, daß angesichts der immer noch steigenden Wohnungsnot die Zwangsbeinartierung und Teilung großer Wohnungen in verkleinertem Maße betrieben werden müsse. Es wurde anerkannt, daß einige Gemeinden beachtliche und anhaltige Resultate erzielt haben; der Wohnungsverband müsse jedoch verlangen, daß von allen Grob-Berliner Gemeinden mit der gleichen Energie vorgegangen wird. Die Konferenz beschloß einstimmig eine Verärgerung in der praktischen Handhabung dahingehend, daß die bereits bestehende Bestimmung, wonach nur solche Personen auf die Zwangsbeinartierung anzurechnen werden sollen, die von Wohnungsamt der betreffenden Wohnung zugewiesen werden, in Zukunft von den Wohnungsämtern genau beachtet werden soll, da Juhaber von großen Wohnungen vielfach durch Herinnahme von Verwandten u. dergl. der Zwangsbeinartierung zu entgehen versucht haben. Der Wohnungsverband hat die Wohnungsämter ersucht, in eine Nachprüfung der besonders starken Umgehungsfälle einzutreten. Ebenso soll in allen Fällen, wo zwei oder mehr Zimmer für die Zwangsbeinartierung abgetrennt sind, künftig in der Regel eine Kammer untergebracht werden. Die bisherige entgegenkommende Sachmöglichkeit, statt einer Kammer zwei Einzelpersonen aufnehmen zu dürfen, ist mißbraucht worden.

Die Zuweisung von Wohnungen und möblierten Zimmern an solche Ausländer, für deren längere Kamenheit in Berlin eine Notwendigkeit anerkannt werden muß, wird künftig durch den Wohnungsverband in der Weise erfolgen, daß dieser in Verbindung mit dem zuständigen Amt das Bedürfnis nachprüft und im bestehenden Fall einen Zuweisungsschein auf eine der Grob-Berliner Gemeinden ausstellt. Die Gemeinden werden ersucht, ohne Zuweisungsschein Wohnungen und möblierte Zimmer an Ausländer nicht mehr abzugeben. Bei dieser Gelegenheit kam erneut der Wunsch der Grob-Berliner Gemeinden darüber zum Ausdruck, daß trotz aller Juhaber seitens der Reichs- und Staatsregierung in der Frage der Ausweisung bzw. der Ueberführung lästiger Ausländer in Sammellager dieser so gut wie nichts gefahren ist.

Obwohl wir uns keineswegs der Notwendigkeit verheißern, im Anbetracht der großen Wohnungsnot den Zustrom nach Berlin einzudämmen, so können wir doch nicht dringend genug vor einer Unterdrückung lästiger Ausländer in Konzentrationslagern warnen. Die durch diese Maßnahme bewirkte Hebung der Wohnungsnot würde in gar keinem Verhältnis zu dem Sinken des Ansehens der Republik im Ausland. Schärfer erscheint und die schärfere Handhabung der Zwangsbeinartierung, und wir wollen hoffen, daß die erwähnten beachtlichen günstigen Resultate einzelner Gemeinden, recht bald im ganzen Bereich des Wohnungsverbandes zu verzeichnen sind.

Gartenstiedlungen im Umkreis der Großstädte.

Ein Ausweg aus unserer Wohnungsnot?

Die Deutsche Gartenstadtgesellschaft hatte gestern Theoretiker und Praktiker des Siedlungsweins zu einer Konferenz nach dem Schöneberger Rathaus eingeladen. Als Gäste waren der Arbeitsminister Schicks und ein Vertreter des Wohlfahrtsministeriums anwesend.

Lebercht Riggs, Manleser entwickelte sein Programm einer gartenmäßigen Siedlung des Stadlandes, des Gebietes im nächsten Umkreis der Großstädte. Jetzt ist mehr als je die Steigerung der Bodenproduktion nötig, weil wir sonst einer Hungernot nicht entgehen würden. Riggs glaubt, daß die deutschen Städte mit 1-2 Millionen Gärten umkränzt werden könnten, in denen auf nur 2 Prozent unserer gesamten Mutterlandes 3-10 Millionen Siedler als Siedler unterzubringen wären und bei intensiver Bearbeitung des Bodens den Großstädten eine Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln ermöglicht würde.

Stadtbaurat Wagner, Schöneberg betonte, daß die Siedlungsfrage nicht so sehr als Baufrage, sondern als Land- und Gartenfrage behandelt werden müsse. Eine Stadtländliche Kultur-Gesellschaft sei nötig, die in den hauptsächlichsten Siedlungsgebieten durch Schaffung von Mustergärten mit intensiver Bodenkultur vorbildlich wirken, soll. Laubkolonien und Kleinsiedler sollen ertragen und gekult, regelrechte Siedlerkolonien sollen eingerichtet werden, in denen „der Städter seinen neuen Nebenbarn erlernt.“ Von Reich, Staat und Gemeinden müsse Unterstützung dieser Bestrebungen gefordert werden, damit das deutsche Volk seiner Not Herr werden kann.

In der Besprechung stimmten mehrere Redner den Ausführungen Riggs zu, andere aber äußerten Zweifel an den Erfolgen der von ihm vorgeschlagenen Siedlungen. Vertreter der Laubkolonien wiesen auf die Bedeutung der Laubkolonien hin und verlangten weitestgehende Förderung für sie.

Die Jugendbühne legt ihren Klafferschlus für die Schulen im Nordteil Berlins nach der erfolgreichen Aufführung von Jellinghans Minna von Barnhelm vor und veranstaltet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, unter Leitung von Max Role eine erste Aufführung von Wilhelm Tell im Olympia-Theater, Bahstr. 58.

Der Grob-Berliner Ausschuss der Preussischen Landesversammlung trat gestern in die zweite Sitzung des Geschäftsmittels Grob-Berlin ein. Alle Anträge, die einen Zweckverband für gemeinsame Aufgaben fordernden, wurden abgelehnt und 8 1/2 sowie 8 weitere Paragraphen ohne Änderung angenommen.

Grob-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 10. März.

Dororte.

Charlottenburg, 10. Gruppe. 7 Uhr: Versammlung bei Hohn, Schlossstr. 4. — Tempelhof. 7 Uhr: Versammlung in allen Bezirksämtern. — Prenzlauer. 8 Uhr: Bei Ost. Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Jahrestag mit anschließender politischer Kundgebung.

Morgen, 11. März.

Mitgliederversammlung. 7 1/2 Uhr: Bei Max Klugbeer-Versammlung.

Gewerkschaftsbewegung

An alle Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Bekanntlich wird in nächster Zeit durch Abstimmung entschieden werden, ob größere Teile Ost- und Westpreußens sowie Oberschlesien weiterhin zum Deutschen Reich gehören sollen. Die Abstimmung über Ost- und Westpreußen kann uns leicht überraschen, da kein Termin im Friedensvertrage festgelegt ist. Ueber die Bedeutung dieser umstrittenen Gebiete für das deutsche Volk dürfte wohl bei aufklärten Arbeitern kein Zweifel bestehen. Um nun die etwa 400 000 Abstimmungsberechtigten, die im ganzen Reich verstreut sind, rechtzeitig zu erfassen, müssen alle Verbände und Vereine eifrig mitarbeiten.

Die größeren Massen Abstimmungsberechtigter in Frage kommen, schließen sich als örtlichen Vereine zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, die ihre Beschlüsse und das notwendige Material von der Zweigstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes erhält.

Um jeden Abstimmungsberechtigten zu erfassen und ein einheitliches Arbeiten zu ermöglichen, ist es notwendig, daß sich auch die Gewerkschaftslokale, Ortsausschüsse und Ortsverbände diesen Arbeitsgemeinschaften anschließen, sobald eine Aufforderung an sie ergeht.

Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Angestellten.

Am Dienstag im Sophienpark stattfand, beschäftigte sich mit der Frage der Beitragserhöhung. Die Ortsverwaltung beantragte, die Monatsbeiträge von 3, 4 und 5 M. auf 5, 8 und 10 M. zu erhöhen. Nach längerer Aussprache wurde eine neungliedrige Kommission mit der Vorbereitung dieser Angelegenheit betraut.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die darauf Bezug nimmt, daß der Abwärt und Fachgruppenleiter Hesse aus seiner Stellung bei der Firma Bergmann unter Umständen entlassen ist, die die Entlassung als Maßregelung erscheinen lassen. Weiter sagt die Resolution, da dies schon der dritte Fall ist, wo Firmen der Metallindustrie die Rechte der Angestellten verletzen, soll die Ortsverwaltung energische Maßnahmen gegen dieses Verhalten vorbereiten und Massenversammlungen einberufen. Wenn die Metallindustriellen den Kampf wollen, dann sollen sie ihn haben.

Zeitungsstreik in Bremen.

Eine am Dienstag abgehaltene öffentliche Kundgebung beschloß, da die Prinzipale eine Lohnerhöhung abgelehnt hatten, mit großer Mehrheit, am heutigen Mittwoch in den Streik zu treten.

„Proteststreik“ in der Binnenschifffahrt.

Die Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 10. März bringt unter obiger Überschrift eine Notiz in der folgendes behauptet wird:

Auf den Stromgebieten der Elbe, Oder und Havelnischen Wasserstraßen bereiten sich ernste Differenzen vor. Am 1. April läuft der alte Vertrag ab. Der Arbeitgeberverband weigert sich nun, mit dem Verband der Binnenschiffer in Verhandlungen einzutreten, trotzdem die erdrückende Mehrzahl der Schiffsmannschaften Mitglieder dieses Verbandes sind.

Man scheint die Absicht zu haben, den Verband der Binnenschiffer bei dem Vertragsabschluß auszuschalten. Die Schiffsmannschaften haben am 2. März beschlossen, als Protest gegen diese Vergewaltigung am 18. und 17. März die Schiffe einzufahren. Durch diesen zweitägigen Streik soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Schiffsmannschaften sich keinem Vertrag unterwerfen werden, der gegen ihren Willen zustande gekommen ist.

Der Transportarbeiterverband bemerkt hierzu folgendes: Es ist unrichtig, daß die erdrückende Mehrzahl der Schiffsmannschaften Mitglieder dieses Verbandes sind. Das Deckpersonal ist im Deutschen Transportarbeiterverband und das Maschinenpersonal im Verband der Maschinen- und Heizer organisiert. Nur ein ganz kleiner Teil der Schiffbesatzungen folgt den Beschlüssen des Verbandes der Binnenschiffer. Da bis jetzt ein Vertrag mit diesem Verband nicht besteht, kann er also auch beim nächsten Vertrag nicht ausgeschlossen werden.

Ganz eigenartig mutet die Erscheinung an, daß der Verband der Binnenschiffer, der jede Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern grundsätzlich verwirft, und die Tarifvertragslosigkeit der freien Gewerkschaften bekämpft, sich jetzt bei dem Arbeitgeberverband für Binnenschiffer und verwandte Gewerbe G. B. anbietet und sogar mit einem zweitägigen Proteststreik wegen Vergewaltigung droht, wenn er diesmal nicht zum Tarifvertragsabschluß bzw. Verhandlungen darüber zugelassen wird.

Zur Einführung der Lohnarbeit im Töpferverband.

Im Töpferverbande hielten kürzlich Verbandsbeirat und Zentralvorstand unter Hinzuziehung der Gauleiter eine wichtige Sitzung ab. In erster Linie galt es Stellung zu nehmen zu der kürzlich im Verbande vollzogenen Abstimmung über Lohn- und Akkordarbeit, wobei, wie schon früher mitgeteilt, alle Sorten außer den Gefäßarbeiten die erforderliche Zweidrittelmehrheit für Lohnarbeit aufgebracht haben. Dem Verbandsbeirat und Zentralvorstand ist vom letzten Verbandstag der Auftrag erteilt worden, in diesem Falle mit allen Mitteln die Lohnarbeit in die Tat umzusetzen.

Die Konferenz war auch noch eingehender Beratung der Meinung, daß alles getan werden müsse, um den landesgegebenen Willen der Mitglieder in die Tat umzusetzen. Sie war sich jedoch auch weiter darüber klar, daß dabei noch große Schwierigkeiten zu überwinden sein werden. Befürchtet wurde, mit den in Betracht kommenden Untereinrichtungen sofort in Verbindung zu treten und über die Einführung der Lohnarbeit zu verhandeln. Das Ergebnis soll sodann den Brandenburgerkongress zur weiteren Debatte vorgelegt werden. Diese Kongresse sollen in der Weise beschickt werden, daß auf je 75 Mitglieder ein Delegierter entsandt. Zur Deckung der hohen Kosten und zur Stärkung der Verbände soll von der 12. Beitragswoche dieses Jahres an von jedem Verbandsmitglied ein doppelter Wochenbeitrag erhoben werden, und zwar dergestalt, daß jedes Mitglied 12 solcher Beiträge entrichten muß. Bei den im Töpferverband organisierten Hilfsarbeitern soll der besondere Beitrag als ein freiwilliger gelten.

Die Brandenburgerkongresse sollen für Ostpreußen nach Bezirken abgehalten werden, für die anderen Sorten sind Reichskongresse vorgesehen. Bis zur Abhaltung dieser Kongresse sollen nach wie vor in aller Weise Tarifverhandlungen gepflogen werden unter Beibehaltung der bisherigen Beschäftigungsart. Erst wenn die Brandenburgerkongresse gelockert und entsprechend beschloßen haben, soll die Forderung der Lohnarbeit in den Vordergrund der Tarifpolitik gerückt werden.

Küßt mit der Frage der Durchführung der Lohnarbeit sollen sich die Brandenburgerkongresse mit einer anderen, nicht minder wichtigen Frage, der Verschmelzungsfrage, befassen. Diese Frage spielt schon seit über einem Jahrzehnt im Töpferverbande, und zwar in der Richtung eines Keramikarbeiterverbandes, eine Rolle, ohne jedoch bisher irgendwie merklich vom Fleck gekommen zu sein. Das kürzlich angekündigte Projekt des Keramikarbeiterverbandes

auf Schaffung eines Vagantengewerkschaftsbundes konnte die Töpfer nicht unberührt lassen, zumal da durch dieses Projekt die Zusammenfassung des Gesamtverbandes des heutigen Töpferverbandes als besondere selbständige Sektion des Vagantengewerkschaftsbundes garantiert erscheint. Die Konferenz beschloß einmütig die auf diese Weise neu geschaffene Situation und kam einmütig zu dem Entschluß, dem Beitritt zum Vagantengewerkschaftsbund näher zutreten. Dem Keramikarbeiterverband soll über diesen Entschluß berichtet werden, die Verhandlungen, die der Töpferverband bei seinem Anschluß an den Vagantengewerkschaftsbund stellt, dürfen sich leicht erfüllen lassen. Die in Aussicht genommenen Sortenkongresse sollen sich nunmehr ebenfalls einmütig mit dem Anschluß an den Vagantengewerkschaftsbund befassen, endgültiger Beschluß soll, wenn irgend möglich, noch in diesem Jahre durch eine Abstimmung oder einen außerordentlichen Verbandstag herbeigeführt werden.

Auch der Gründung eines Verbandes sozialistischer Handarbeiter stimmte die Konferenz einmütig zu. Der Zentralvorstand soll sich im weiteren mit der Sozialistischer Frage eingehend beschäftigen. Nun wird auch überlassen, die Gesamtsumme fest zu bestimmen, die dem Bund der Sozialistischer Gewerkschaften überwiesen werden soll.

In der Durchführung von Aktionen auch für Osenfelder, was vor allem bei den Internierten auf hohen Widerstand stößt, soll nicht nachgelassen werden. Bedauerlich wurde, daß die Befreiung in der Richtung der Schaffung von Arbeiterferien noch nicht befriedigend vorangekommen ist, eine „Ferienübernahme“ von Ostpreußen wegen, wobei natürlich die Kosten vom Interniertenvermögen aufzubringen wären, für Saisonarbeiter, die vielfach den Arbeitgeber wechseln, wäre die beste Lösung der Ferienfrage auch für die Osenfelder.

Die Lohnbewegung im Töpfergewerbe.

In einer Versammlung der streikenden Töpfer im Königsplatz wurde beschlossen, nicht erst die Stellungnahme der am Donnerstag stattfindenden Versammlung der Internierten abzuwarten, sondern auch in den Betrieben, die nicht die Tarifforderungen anerkennen und sich nicht besonders verpflichten, den Mindestlohn von 6,20 M. pro Stunde sofort mit Rückwirkung vom 1. März zu zahlen, die Arbeit sofort niederzulegen. Einige Disziplinardisziplinär äußerten sich dahin, daß man bei den nächsten Verhandlungen mit den Internierten darauf bestehen müsse, den Stundenlohn auf 8 oder 8 M. zu erhöhen. Dem widerspricht ein Mitglied der Tarifkommission, er warnte vor übertriebenen Forderungen, da auch im Töpfergewerbe eine große Arbeitslosigkeit herrsche und eine Entziehung der Arbeitslosenunterstützung die Folge wäre.

Der Hamburger Bäckerstreik.

Ueber den in Hamburg ausgebrochenen Bäckerstreik wird uns von dort gemeldet, daß das Kriegsverordnungsamt in Hamburg die Reichsanwaltschaft aufgefordert hat, weil sie den Bestimmungen des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichsgerichtliche widerspricht. Regendiese Lohnforderungen haben sich überhaupt nicht ergeben; die Streikenden sind vielmehr, ohne vorher den Demobilmachungskommissar oder den Sühnungskommissar angerufen zu haben, in den Streik getreten. Die Provisorische Regierung in Hamburg ist durch die Maßnahmen der Behörden indessen sichergestellt.

Vertrauensleute der Metallinstrumentenbranche: Donnerstag, den 11. März, vorm. 3 Uhr wichtige Zusammenkunft im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. Betriebsausschüsse, Vertrauensleute und sonstige Kollegen, die in Kapazitäten beschäftigt sind, müssen erscheinen.

Beachte für den reaktionären, Zell: Fritz Kiefer, Charlottenburg; für Anarchisten: H. Bloch, Berlin. Verlegt: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Verlagsanstalt u. Verlagsanstalt Hans Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 8.

Zahn-Praxis Endter Nflg.

Spezialität: **Zähne** 2 Jahre schriftl. Gar. **4 M.**
Gaumenloser Zahnersatz Zähne 8 M. **6**
an echtem Friedenskautschuk

Munduntersuchung gratis. — Keine Luxuspreise.

Reinzinn

Messing, Kupfer, Blei, Zink, Rotguss, Weißmetall, Nickel, Aluminium

kauft zu höchsten Tagespreisen

Metallschmelze Mariannenstr. 24, Unt. 100/101, Berlin-N. (Südost)

Küchen

Reinigt, lackiert u. repariert alle Küchenmöbel.

Küchenmöbel-Fabrik-Lager
Gr. Frankfurter Str. 4
Ecke F r u c h t s t r a ß e.

Sie staunen!

Trotz des Preissturzes zahle ich den höchsten Preis

Kupfer .. 19 Mk.
Messing .. 10 „
Blei .. 8 „
Zink .. 5 „

Von allen Richtungen in 27 Minuten

Almetalle, Lumpen, Papier, Eisen

H. Samuelsohn,
Berlin O 26,
Nauenstraße 26,
am Oranienburger Ecke
Marienplatz 490.

Ich zahle immer die höchsten Tagespreise für Kupfer, Messing, Gold- u. Silber.

Edelmetalle und andere Metalle sowie Alte Goldstücke kauft zu 2 Ankaufstellen

Gottheim, Mariannenstr. 12 und Schmidstr. 17 a.

Verkäufe

Wahlstühle, alte Möbel, Porzellan, Glas, etc.

Wasser, besonders billige

Wasserleitungen, Sanitärarbeiten, etc.

Fahrräder

Reparatur, Verkauf, etc.

Kaufgesuche

Suche nach Kupfer, Messing, etc.

Metallwerkzeuge

Werkzeuge, Maschinen, etc.

Unterricht

Lehrer, Schüler, etc.

Verschiedenes

Werkzeuge, Maschinen, etc.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote, etc.